Die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsbeschaffung in der Provinz Sachsen 1919.

Auszug

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

einer

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

vorgelegt von

Helmut Merz
aus Hanau a. Main.

Referent: Professor Dr. Aubin.

Münden i. Hannover 1921.
Buchdruckerei W. Klugkist.

A. Einführung.

Die Revolution und der Waffenstillstand vom November 1918 haben ganz gewaltige wirtschaftliche Auswirkungen gezeitigt, welche in den einzelnen Ländern und Landesteilen des Reiches in mehr oder minder sichtbarer Weise in die Erscheinung getreten sind. Eine Volkswirtschaft, welche sich im Verlaufe von über vier Kriegsjahren auf die besonderen Bedürfnisse einer riesenhaft entwickelten Kriegswirtschaft eingestellt hatte, auf die Massenproduktion von Heeresbedarf für Millionenheere, stand plötzlich vor einer wirtschaftlichen und politischen Umwälzung größten Stils. Eine Auswirkung der neuen Zeit ist eine große, allgemeine Arbeitslosigkeit. Presse und Fachliteratur haben sich mit dem Arbeitslosenproblem 1919 eingehend befaßt. Ehe sich die frischen Eindrücke des Jahres 1919 mit den durchaus anders gearteten Erscheinungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes im Jahre 1920 verwischen, soll der Versuch unternommen werden, die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eines größeren Teilgebiets zu schildern.

„Arbeitslosigkeit" im Sinne dieser Abhandlung ist diejenige Erscheinung des Wirtschaftslebens, welche sich durch eine Massierung freier Arbeitskräfte auf den Arbeitsmärkten eines Landes, Kreises oder einer Gemeinde charakterisiert; unter „Arbeitsbeschaffung" werden diejenigen vorbereitenden, vorbeugenden Maßnahmen des Augenblicks gefaßt, welche direkt oder indirekt eine sofortige oder für einen späteren Zeitpunkt beabsichtigte Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführen sollen sowie ständige Einrichtungen, welche an sich dazu geeignet sind, das Gleichgewicht des Arbeitsmarktes durch dauernde Bemühungen zu erhalten.

Die wirtschaftliche Struktur der Provinz Sachsen zeigt in ihren drei Gebietsteilen ein außerordentlich buntes Bild: Die Reg.-Bez. Magdeburg, Merseburg und Erfurt tragen z. T. vorwiegend landwirtschaftlichen, bergbaulichen oder industriellen Charakter. In den letzten Jahrzehnten haben sich rein industrielle Zentren herausgebildet: Magdeburg-Schönebeck, Egeln-Aschersleben-Staßfurt, Halle-Bitterfeld, Elsterwerda-Liebenwerda, Merseburg-Zeitz, Nordhausen-Bleicherode, Erfurt, Suhl. Sowohl in manchen landwirtschaftlichen wie in vielen industriellen Erzeugnissen ist die Provinz Sachsen ein wichtiger, mitbestimmender Faktor der gesamten deutschen Volkswirtschaft geworden.

B. Die Arbeitslosigkeit in der Provinz Sachsen 1919.

I. Der Arbeitsmarkt der Vorkriegszeit.

Während es etwa bis zum Jahre 1910 infolge der teilweisen Unbrauchbarkeit des vorhandenen Materials und dessen Spärlichkeit nicht möglich ist, sich ein geschlossenes Bild der herrschenden Bewegungen und Zustände auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes dieser Provinz zu machen, bringt die Gründung des „Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt", Sitz Magdeburg, Gestaltung in die Arbeitsmarktregulierung, -beobachtung und -berichterstattung. Der Gedanke öffentliche Arbeitsnachweise zu errichten wirbt Anhänger. Ein weitmaschiges Netz kommunaler Arbeitsnachweise bildet sich in der Provinz

heraus, welches sich während der Kriegsjahre 1914/18 so verengt, daß schließlich jede Stadtgemeinde einen öffentlichen Arbeitsnachweis besitzt. Ihr Wirkungskreis, anfänglich nur auf ungelernte Arbeiter und weibliches Hauspersonal beschränkt, dehnt sich nach und nach auf die Gesamtheit der Berufsgruppen aus. Die öffentlichen Arbeitsnachweise werden zu Brennpunkten der örtlichen Arbeitsmärkte und spielen im zwischen - örtlichen Marktausgleich der freien Arbeitsplätze und Arbeitskräfte eine immer bedeutender werdende Rolle. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung, welche im Jahre 1910 in der Provinz Sachsen ihren Höhepunkt erreicht hat, wird allmählich aus ihrer Machtstellung verdrängt. Daneben wirken als Marktausgleichstellen die Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammer, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften usw. Es herrscht in der Organisation des Arbeitsmarktausgleichs eine Zersplitterung ohnegleichen. Wirtschaftliche und arbeitspolitische Interessenkämpfe toben sich in sichtbarer Weise auf dem Arbeitsmarkt aus. Selbst in Zeiten der Depression werden ausländische Arbeiter zu Tausenden beschäftigt und zwar sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie, im Baugewerbe usw. Die Landarbeiterfrage ist längst akut und drängt zu einer Lösung. Das rasche Vordringen der weiblichen Arbeitskraft löst eine fundamentale Umwälzung auf den Arbeitsmärkten aus. Nach der Reichsstatistik besteht für die Provinz Sachsen bis 1913 die Tendenz der Abwanderung. Sie hält sich in mäßigen Grenzen und wird durch die Zunahme an Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeglichen. Alles in allem kann eine günstige Lagerung der Arbeitsmarktverhältnisse festgestellt werden.

II. Der Arbeitsmarkt der Kriegszeit 1914/18.

Die mit Kriegsbeginn auftretende Arbeitslosigkeit flaut in der Provinz nach kurzer Zeit ab. Eine ganz gewaltige Umgestaltung der Arbeitsmarktverhältnisse hat begonnen. Hauptursache ist die Einstellung der gewerblichen Anlagen auf die anwachsenden Bedürfnisse der sogenannten „Kriegswirtschaft." Das Stellenangebot zeigt ein dementsprechend verändertes Gepräge; an die Arbeitsmarktregulierung und -beobachtung werden die größten Ansprüche gestellt. Die Beschäftigung weiblichen Personals nimmt überhand. 1915 werden Facharbeiter knapp. 1916 ist der Vorrat an männlichen Arbeitskräften fast erschöpft. Die Frau erobert sich weiteste Gebiet auf dem Stellenmarkt und dringt rasch in die gelernten Berufe ein. Das Hilfsdienstgesetz ermöglicht die restlose Ausnutzung aller verfügbaren Menschenkräfte. Schulungskurse für die Erlernung gewerblicher Fertigkeiten und technischer Kenntnisse dienen der Heranbildung von Fachkräften. Die internierten Kriegsgefangenen werden in ausgiebigster Weise in Betrieben aller Art beschäftigt, um den Kräfteausfall wettzumachen. Obgleich die öffentlichen Arbeitsnachweise Hervorragendes auf dem Gebiete des Arbeitsmarktausgleichs leisten, können sie nicht verhindern, daß eine Verworrenheit in dem Einsatz der Kräfte, vor allem der Fachkräfte, eintritt. Hohe Löhne an irgend einem Platz veranlassen dringend benötigte Facharbeiter zur Berufsumstellung. Längst begonnene Entwickelungen nehmen rücksichtslos ihren Fortgang. Das Heer der Ungelernten und Angelernten schwillt bedrohlich an. Als neuer, mitbestimmter Faktor erscheint auf dem Arbeitsmarkt das Heer der Kriegsleicht- und- schwerbeschädigten. Diese Entwicklungen vollziehen sich unausgesetzt, und als die Industrie sich in vollkommenster Weise auf die veränderten Bedürfnisse der Zeit eingestellt hat, als der heimische Arbeitsmarkt aufs höchste angespannt ist, sich in einem Zustand der Hochspannung befindet, bricht jäh der politische Umsturz im November 1918 herein.

III. Der Arbeitsmarkt 1918/1919.

Der Stillstand in der Produktion ruft eine Arbeitslosigkeit hervor welche zwar nicht so wuchtig in die Erscheinung tritt wie im August 1914, deren Ausdehnung aber anfänglich unabsehbar ist. Die Durchführung des

Demobilmachungsplans mißlingt. Die bis dahin auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises herrschende Zersplitterung wird durch teilweise Aufhebung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Zusammenlegungen, also durch Kräftigung der kommunalen Arbeitsnachweise fast beseitigt. Die öffentlichen Arbeitsnachweise werden Sammelbecken für Angebot und Nachfrage. In einer Zeit der Verwirrung in wirtschaftlichen Dingen ist die Arbeitsmarktkonzentration und -beobachtung von besonderer Bedeutung. Bergbau und Landwirtschaft sind aufnahmefähig. Das Heer der Arbeitslosen zeigt aber keine Neigung, sich wieder einmal beruflich umzustellen. Eine rückläufige Bewegung bahnt sich an: zurück zu friedensmäßiger Produktion! Mangel an Rohstoffen, an Kohle und Erz, das Darniederliegen der Verkehrseinrichtungen erschwert diese Umschaltung. Sie setzt sich aber trotz der politischen Unruhen mit bewundernswürdiger Kraft durch. Hoffnungslos bleibt die Lage im Erfurter Wirtschaftsbezirk. Die Notverordnungen der drei Demobilmachungskommissare der Provinz und die großzügige Propaganda der Regierung zur Erweckung der erschlafften Arbeitslust fördern letzten Endes doch den Wiederaufbau. Die Arbeitslosen gehen in den Abraum. Die Not drängt Männer und Frauen zur Annahme landwirtschaftlicher Arbeit. Während die Dinge im Verlauf von vier Monaten im Werden sind, bricht im Februar 1919 der Generalstreik in Mitteldeutschland herein. Nach seiner Beilegung bringt die sofortige Wiederaufnahme der Produktion eine gewaltige Erholung der Arbeitsmärkte der Provinz, vor allem des Halleschen Bezirks, mit sich. An das Problem der Landarbeiterfrage wagt man sich unverzagt heran. Es gelingt, Arbeitskräfte aus den Großstädten für die Güter anzuwerben. Die Provinz Sachsen ist auf Grund des zusammengetragenen Zahlenmaterials 1919 als das Gebiet anzusprechen, welches mit zuerst aus der Not der allgemeinen Arbeitslosigkeit herausgekommen ist. Die Erfolge sind der straffen Organisation des Arbeitsnachweises der Provinz und des Einsatzes umfassendster Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kleinsten und größten Stils, staatlicher und städtischer Notstandsarbeiten, des unverdrossenen, deutschen Unternehmergeistes usw. zu verdanken.

Der Arbeitsmarkt 1919 charakterisiert sich durch eine unruhige Gestaltung. Auf der einen Seite wirkt die Gesamtheit der vorgenannten Bestrebungen ein, auf der andern Seite entsenden die in der Auflösung begriffenen Truppenverwaltungskörper des alten Heeres Arbeiter und Angestellte auf den an Stellenangeboten allmählich ärmer werdenden Markt. Seit April 1919 gesellen sich die Entlassenen der „Sicherheits- und Bürgerwehren", ab August die heimkehrenden Kriegsgefangenen aus den Internierungslagern der Ententestaaten hinzu. Das Gleichgewicht auf den Arbeitsmärkten der Provinz läßt sich solange erhalten, wie der buchstäblich eingetretene Warenhunger und der Massenabsatz an Waren zu verzeichnen ist. Er tritt seit Mai 1919 in ausgeprägter Form auf und wiederum ist die Provinz Sachsen Schrittmacher hinsichtlich einer raschen Befriedigung der Nachfrage. Die Ausbeute in den Braunkohlenrevieren wird gesteigert, neue Gruben erschlossen, viele tausend Arbeitslose herangezogen. Die Industrie der Maschinen und Apparate, Metallverarbeitung, die chemische, Papier-, Holz-, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie entwickeln eine unerwartete Blütezeit. Die glänzende Entwicklung zeigt sich vor allem im Regierungsbezirk Merseburg, dann folgt Magdeburg, während aber Erfurt weit zurücksteht. — In einigen Berufen stellt sich bald ein Mangel an Facharbeitern ein, eine Folgeerscheinung der Vorgänge auf dem Kriegsarbeitsmarkt, der Kriegsverluste, des Mangels an Nachwuchs und der Verworrenheit des Arbeitsmarkts der Nachkriegszeit. Zeitweise gesellen sich zu diesen oder jenen Hemmnissen Kreditnöte, hindernde Vorschriften der Zwangsbewirtschaftung, politische Erschütterungen, Zusammenstöße zwischen den Betriebsräten und den Werksleitungen, wilde und planmäßige Streiks in sehr großer Zahl u. a. m.

Im September 1919 läßt der hohe Beschäftigungsgrad nach. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder und Textilien zeitigt eine partielle Abnahme der Arbeitslosigkeit im Erfurter Bezirk. Die Einführung von Auslandstabak belebt die nicht unbedeutende Tabakindustrie der Provinz. Die Kohlen- und Koksknappheit, welche die industrieelle Produktion während des Frühjahrs und Sommers 1919 meist nur vorübergehend und partiell getroffen hatte, macht sich bei dem großen Bedarf wieder sehr empfindlich bemerkbar und veranlaßt Einschränkungen aller Art. Die Industrieorte Magdeburg, Torgau, Erfurt, Suhl u. a. zeigen bis Ende des Jahres trotz weitgehendsten Gebrauchs von Notverordnungen hohe Arbeitslosenziffern.

Die Arbeitslosigkeit des Jahres 1919 ist in der Provinz Sachsen in drei Erscheinungsformen aufgetreten. In Gestalt der allgemeinen Arbeitslosigkeit kennzeichnet sie sich durch eine verhältnismäßig starke Massierung freier Arbeitskräfte aus mehr oder minder allen Berufsgruppen in den verschiedenen Gebietsteilen der Provinz: Ende 1918, Anfang 1919 und gegen Ende 1919 zur Zeit der Kohlennot. Eine partielle Arbeitslosigkeit ist fast ständig vorgekommen: Zusammenballung freier Arbeitskräfte einzelner Berufsgruppen oder Berufsgattungen in einigen wenigen Orten der Provinz, bald hier, bald dort oder gleichzeitig an mehreren Orten. Die periodische Arbeitslosigkeit wirkte sich als Saison-, Mode- oder Winterarbeitslosigkeit aus. — Ihren tieferen Ursachen nach wird die subjektive (Motive des Arbeitnehmers) und objektive Arbeitslosigkeit (Mangelhafte Marktorganisation, wirtschaftliche und betriebs-technische, elementare Ursachen usw.) unterschieden. Beide Arten sind 1919 bunt gemengt aufgetreten. Reguläre Konjunkturen-Arbeitslosigkeit trat nur vereinzelt auf. Die 1919 in die Erscheinung getretene objektive Arbeitslosigkeit stellt die Resultante einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Gesamt- und Einzelvorgänge und -effekte der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart dar.

C. Die Arbeitsbeschaffung in der Provinz Sachsen 1919.

Die Demobilmachung der Riesenheere war ein zu Kriegszeiten hinreichend erörtertes Problem. Die obige Darstellung hat aber gezeigt, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sehr spät eingesetzt haben. Es ist bemerkenswert, daß sich während der Kriegszeit die gesamten Bestrebungen auf dem Gebiete der „Bekämpfung" der Arbeitslosigkeit zur „Arbeitsbeschaffung" auf breitester Basis fortentwickelt haben. Eine Würdigung der gesamten Maßnahmen ergibt, daß zwar ein buntes Gewirr von Plänen bei den Regierungsstellen und bei wirtschaftlich und sozialpolitisch interessierten Kreisen bis 1918 vorliegt, eine strenge Zusammenfassung der geeignetsten Bestrebungen zwecks praktischer Anwendung aber gänzlich fehlt.

Die plötzlich einsetzende Demobilmachung der Heere vollzieht sich kurze Zeit hindurch nach dem Hindenburg-Programm. Dann folgt Planlosigkeit. Behördliche Anordnungen versuchen Wandel zu schaffen. Man wirft sich mit aller Macht auf die zwangsmäßige Organisation des gesamten Arbeitsnachweiswesens. Notverordnungen regeln die Einstellung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, die Erwerbslosenfürsorge, die Arbeitszeit usw. (generelle Arbeitsbeschaffung). In der Provinz ergehen insgesamt 60 Demobilmachungsverordnungen. Während diese im Regierungsbezirk Magdeburg im allgemeinen gleichmäßig aufgebaut worden sind, zeichnen sie sich in den zwei übrigen Regierungsbezirken durch Verschiedenheit aus. Die Demobilmachungsorgane geben sich um die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen erdenkliche Mühe und haben z. T. als Arbeitsbeschaffungsstellen im weitesten Sinne des Begriffs gearbeitet.

Die Gebiete der speziellen Arbeitsbeschaffung sind: Mehrung der Arbeitsmenge, Verschiebung der Arbeit, Arbeitsmarktausgleich, Einwirken auf die Arbeitslosen und planmäßige Zuleitung des Nachwuchses zum Arbeits-

markt. Auf all diesen Gebieten ist 1919 viel geschehen. Notstandsarbeiten haben in außerordentlichem Umfang Beschäftigung gewährt. Durch die straffe Organisation des Arbeitsnachweises in der Provinz ist zur Förderung des Arbeitsmarktausgleichs in hervorragender Weise beigetragen worden. Die Umstellung auf andere Berufsarbeit und die Umschulung Arbeitsloser durch Lehrkurse wurde energisch aufgenommen. Die Errichtung öffentlicher Berufsämter und Berufsberatungsstellen mit Lehrlingsnachweisen sollte der Planlosigkeit bei der Berufswahl steuern.

D. Schlußwort.

Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft ist nur durch eine planmäßige und zielbewußte Wirtschaftspolitik zu erreichen. Ein sehr wichtiger Faktor dieser Politik ist die Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Bestimmungen des Art. 165 der Reichsverfassung schaffen in dieser Hinsicht Ausblicke. In den Wirtschaftsräten dürfte aller Voraussicht nach viel Nützliches auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung geleistet werden können.

Die in der Provinz Sachsen im Jahre 1919 auf dem Gebiete der Arbeitsmarktbeobachtung und der Arbeitsbeschaffung gemachten Erfahrungen und erzielten Erfolge ermutigen, auf dem beschrittenen Weg weiterzugehen und die gesammelten Erkenntnisse künftighin nutzbringend und Werte schaffend zu verwenden. Es ist die sittliche Pflicht eines hochstehenden Kulturvolkes, dem Arbeitslosenproblem in seinem ganzen Umfang größte Beachtung zuzuwenden. Eine dauernde und wohlorganisierte Arbeitsbeschaffung liegt im Interesse eines gesunden, wirtschaftlichen Fortschritts.